

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

VORTRAG & DISKUSSION

Rechtzeitig zum 25jährigen von Tschernobyl schlägt das „Restrisiko“ wieder zu:

Der Super-GAU in Fukushima und die Berechnungen kapitalistischer Energiepolitik

Im japanischen Fukushima ist wieder einmal eingetreten, wovon die Gegner der Atomenergie seit 40 Jahren warnen: Im Gefolge von Erdbeben und Tsunami sind mehrere Meiler außer Kontrolle geraten, explodieren, setzen Radioaktivität frei, machen Teile Nordjapans vielleicht auf Jahrzehnte oder länger unbewohnbar, verseuchen die ansässige Bevölkerung und bedrohen die 35-Millionenstadt Tokio mit radioaktivem Niederschlag.

Dass die Regierungen in Japan und den anderen Atomenergie nutzenden Staaten von dem Ereignis überrascht worden wären, stimmt nur in einer Hinsicht: Sie setzen beständig darauf, dass der „Größte Anzunehmende Unfall“ und Schlimmeres, das sie längst haben definieren und ausrechnen lassen, schon nicht eintreten wird. Ihre Fachleute schätzen das Risiko solcher Katastrophen ab und weisen ihm eine – sehr kleine – Wahrscheinlichkeit zu, die man dann großzügig ignoriert.

Wenn der Katastrophenfall eintritt, steht die betroffene Nation mehr oder weniger da wie nach einem verlorenen Krieg: Ein Verlust an Bevölkerung durch Verstrahlung und ansteigende Krebsraten schmälert die lebendige Staatsgrundlage; ganze Regionen sind dauerhaft für geschäftliche Nutzung unbrauchbar; statt kapitalistischen Wachstums fallen ungeheure Kosten für Sicherung und Einschließung der strahlenden Ruinen an, die das Sozialprodukt und den Staatshaushalt belasten und die Nation in der Konkurrenz mit Ihregleichen um Größenordnungen zurückwerfen können. Schon gibt es Spekulationen über einen Niedergang Japans. Das, nichts anderes, ist der Albtraum, der politische Führer tatsächlich schockiert. Die Physikerin Merkel jedenfalls zeigt sich

erschüttert darüber, dass das ausgerechnete „Rest-“Risiko einer Katastrophe tatsächlich eintritt.

- Das wirft die Frage auf, warum kapitalistische Staaten ihre Bevölkerungen jahrzehntlang und weiterhin diesen – auch für die Staatsmacht selbst bedrohlichen – Risiken aussetzen. Nur damit die Wohnungen warm sind und die Handys Saft haben? Worum geht es bei der Stromversorgung kapitalistischer Staaten, dass man dafür Gefahren wie im Krieg eingeht?

- Jetzt will die Regierung Merkel – anders als praktisch alle anderen Regierungen des Globus – aus der Katastrophe gelernt haben und den Ausstieg aus der Atomenergie-Erzeugung beschleunigen. Was ist heute anders als in den Zeiten von Harrisburg und Tschernobyl, als die Katastrophen den Vorgänger-Regierungen kein Umdenken abverlangten? Was muss alles erfüllt, welche Anforderungen müssen gewährleistet sein, dass eine Bundesregierung die Wahnsinns-Technologie tatsächlich für tendenziell verzichtbar hält?

Darüber will die politische Chefin des Weltmarktführers auf dem Feld der erneuerbaren Energietechniken drei Monate lang nachdenken, um dann zu entscheiden, ob und wie viele alte Meiler abgeschaltet werden sollen und wie lange sie die neueren weiterlaufen lassen will. Die schwarz-gelbe Koalition „lernt“ aus der Katastrophe, konsequenter anzupacken, was sowieso auf der deutschen Agenda steht.

Und so viel steht bei allem „Umdenken“ sowieso fest: Wenn erst ein Ausstiegsszenario und neue Laufzeitgrenzen von 10 bis 20 Jahren vereinbart sind, ist das als „unvertretbar“ erkannte Restrisiko wieder voll vertretbar.

wir laden ein zu Vortrag & Diskussion:

Frankfurt/Main: Mittwoch, 15.06.2011, Beginn: 19:00 Uhr

Gewerkschaftshaus (nähe Hbf), Wilhelm-Leuschner-Str.69 (Eingang über den Hof)

Marburg: Donnerstag, 16.06.2011, Beginn: 20:00 Uhr

Kulturladen KFZ, Schulstr.6

Referent: J. Köper

Eintritt frei!

Der GEGENSTANDPUNKT 2-11 erscheint am 14.06.11 im Buchhandel:

Krise, Krieg und gute Laune

Europa ruiniert seine „Südschiene“. Von den Führungsmächten der Union kaputt konkurriert, wird Griechenland & Co mit ihrer Überschuldung eine Verelendungspolitik aufgezwungen, ohne die es keine Überlebenshilfen für die öffentliche Gewalt gibt. So richtig verelendet wird das Volk; dabei steht zugleich schon fest, dass die Staatsgewalt sich dadurch nichtw saniert, sondern selber ruiniert. Natürlich ruiniert Europa seine „Südschiene“ nicht zum Spaß. Die Führungsmächte retten so ihr Geld und damit ihr Projekt einer friedlichen Eroberung des Kontinents mit der sachzwanghaften Gewalt des kapitalistischen Reichtums. Dafür organisieren sie mit noch mehr Schulden einen milliarden schweren „Rettungsschirm“ für das Vertrauen in die Schulden, die jetzt schon zu viel sind. Das verknüpfen sie mit der Einführung eines politischen Aufsichtsrates über die Partnerländer, die ausweislich ihrer minderen Bonität ja wohl verkehrt mit dem guten gemeinsamen Geld gewirtschaftet haben müssen. Deren Volk, wo es Protest einlegt, ist nur ein weiterer Beweis dafür. So agitieren sie ihr eigenen Völker: Schuld an allen Lasten, die die Konkurrenzgewinner ihnen aufladen – sind die Bewohner des europäischen Südens, die „über ihre Verhältnisse“ gelebt haben; auf fremde, nämlich „unsere“ Kosten und zu Lasten „unseres“ guten Geldes, das „wir“ jetzt retten müssen. So kommt mit der europäischen Krisenkonkurrenz auf der Gewinnerseite nationalistischer Dünkel, auf der Verliererseite nationalistischer Verdross voran!

*

In **Amerika** bezichtigen sich Anhänger des „Change“ und solche der Republikaner wechselseitig, den Erfolgsweg der Nation zu verlassen und ihren Untergang herbeizuführen. Dabei geht es um nichts weiter als das Geld, das die Regierung braucht; und da sind in der Sache die Gegensätze so groß nicht. Die eine Seite plädiert mehr für ein freies Kapitalwachstum und Verelendung des Volkes in freier Selbstverantwortung; die andere Seite will unter Einsatz staatlicher Haushaltsmittel den Industriestandort Amerika erneuern und mit einem halbwegs brauchbar erhaltenen Menschenmaterial versorgen: Die elementare kapitalistische Maxime, dass es für das Wohl der Nation auf die Produktivkraft des Reichtums und nützliche Armut – „Jobs, Jobs ...“ – ankommt, gilt für beide Seiten unbedingt. Dass trotzdem kein patriotischer Kompromiss angesagt ist,

zeugt von einer fundamentalen Verlegenheit der Politik die ihrerseits die Verlegenheit widerspiegelt, in die die Nation sich hineingewirtschaftet hat. Die weltweite Anerkennung und Benutzung ameri-

kanischer *Schulden als Geldquelle*, des Dollar als *dem* globalen Geschäftsmittel und -objekt steht mit der Krise des Finanzkapitals auf dem Spiel. Davon lebt die Finanzmacht, die die USA für ihre Weltmacht braucht. Deswegen hat der amerikanische Staat mit ganz viel neuen Schulden die finanzkapitalistischen Rechnungen in Gang gehalten. Aber ob damit die ökonomische Basis des US-Imperialismus intakt bleibt, nämlich die bedingungslose Anerkennung des Kredits, den Amerika sich nimmt: das ist nicht mehr so sicher wie zuletzt ein halbes Jahrhundert lang; und das hat die Weltmacht nicht mehr selbst in der Hand. Das werfen sich die Zuständigen für diese Weltmacht wechselseitig vor. Die Erregung bei Politikern und Volk einer Nation, die, imperialistisch erfolgsverwöhnt, unangefochtenen Erfolg für ihr unveräußerliches Recht hält, fällt dementsprechend heftig aus.

*

Zweimal **imperialistische Krisenkonkurrenz** mit unübersehbaren Folgen für die Völker. Die sind empört – weniger über die Zumutungen, mit denen die

für sie zuständigen Staatsgewalten die Meisterung der Krisenfolgen angehen, als gegen einander im Europa der Vaterländer, und die einen Patrioten gegen die andern in God's own Country.

*

Begeistern lassen sie sich dagegen für und durch den **Krieg gegen Gaddafi**, den allen voran Frankreich und Großbritannien in Libyen führen. Die haben dessen Verteidigung der Macht als Gelegenheit ergriffen, sich als europäische Führungsmächte zu beweisen, die für die Aufsicht über auswärtige Staaten zuständig sind: Das erfordert und rechtfertigt militärische Gewalt – und versetzt Patrioten in Hochstimmung: ‚Wir müssen helfen – mit Bomben gegen Gaddafi!‘ Daneben graust man sich gemeinsam vor dem **GAU in Japan**: Und gemeinsam freut man sich daran, dass **Bin Laden erledigt** in der Hölle, **Papst Wojtyla selig**, also amtlich im Himmel und mit einer **Prinzenhochzeit** ein staatswichtiges Yuppie-Paar im Ehebett angekommen ist. Für nationalistische Unterhaltung und gute Laune ist also gesorgt. Man gönnt sich ja sonst nichts.

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

2-11

Zum Auftakt des Jahres 5 der Weltfinanzkrise

Imperialistische Geldsorgen

Die USA kämpfen gegen den ökonomischen Abstieg

Die Rettung des Euro

Krieg in Libyen

Regime-Change durch die NATO – Streitfall für die Weltaufsichtsmächte

Das Lebenswerk Gaddafis: Der Missbrauch von Petrodollars für Anti-Imperialismus und islamischen Sozialismus

Der Super-GAU in Fukushima

und die Berechnungen kapitalistischer Energiepolitik

Heinz Dieterichs „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ (2)

Die Lehre aus dem gescheiterten Realsozialismus

Atomkatastrophe in Japan: GAU und Geist · Die Causa Guttenberg und die „scientific community“ · Ethikkommission für eine „Energiewende mit Augenmaß“: Glaubwürdigkeit durch regierungsamtliche Rechthaberei · „Humanitäre Aktion“ für Libyen: Ein selten schöner Krieg! · „Ich bin in erster Linie meinem Land verpflichtet!“ (Kretschmann, Grüner Landesvater) · Bootsflüchtlinge aus Tunesien: Von den Segnungen der Freiheit · Märchenhochzeit in Großbritannien: Festtage des politisierten Gemüts · USA erledigen Usama bin Ladin: Triumph und Nutzen gerechter Gewalt · Papst Wojtyla selig gesprochen – zu früh, zu schnell?

Verlagsprogramm und ausgewählte Artikel im Internet unter www.gegenstandpunkt.com. Auf den Veranstaltungen sind kostenlose Probeexemplare erhältlich.

Audiomitschnitte von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des GEGENSTANDPUNKT-Verlags zu aktuellen und grundlegenden Themen des Weltgeschehens lassen sich auf www.argudiss.de kostenlos herunterladen.